

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1918

238 (24.5.1918) Abendausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.

Weitaus größte Bezieserzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Hiergarten. Chefredakteur: Albert Herzog. Verantwortlich für den Textteil: Anton Rydolph; für den Anzeigenteil: H. Rinderspacher, sämtl. in Karlsruhe i. B. Berliner Vertretung: Berlin W. 10

Anzeigen:

Die Saalzeit. Kolonialzeitung 30 Pfg. Die Reklameweite 1 Mk. Reklametext an 1. Stelle 1.25 Mk. die Zeile, außerdem 20% Feuerungszuschlag. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, bei Nichterhaltung des Textes, bei gerichtlichen Streitigkeiten und bei Konten ausser Kraft tritt. Versteher-Konto: Karlsruhe Nr. 8339.

Bezugs-Preise:
Ausg. A ohne „Anst. Weltkorr.“
Ausg. B mit „Anst. Weltkorr.“
In Karlsruhe: Ausgabe A B
Im Verlage abgeholt 1.12 1.92
in d. Briefkästen 1.25 1.45
frei ins Haus 1.25 1.45
Lieferung: bei Ab-
holung a. Postschalter 1.12 1.35
Durch d. Briefträger
tägl. 2mal ins Haus 1.25 1.57
Einzelnummer . . . 10 Pfg.
Geschäftsstelle:
Sitzel- und Sammlr.-Eds. nächst
Kaiserstraße und Marktplat.

Nr. 238.

Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86.

Karlsruhe, Freitag den 24. Mai 1918.

Telefon: Redaktion Nr. 309.

34. Jahrgang.

Deutscher Heeresbericht.

Unveränderte Lage. An verschiedenen Fronten Artillerietätigkeit und Erkundungskämpfe.

W. B. Großes Hauptquartier, 24. Mai. (Amtl.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Im Kemmelgebiet beiderseits der Sys und der Scarpe, südlich von der Somme, sowie zwischen Moreuil und Montdidier lebte die Artillerietätigkeit am Abend auf und war auch während der Nacht lebhaft. Die Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungskämpfe beschränkt. Einige Unternehmungen südwestlich von Bucquoy und an der Dije brachten Gefangene ein.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Japanische Kriegsziele.

Japans Vorherrschaft in Ostasien. — Ein neues englisch-japanisches Übereinkommen.

Karlsruhe, 24. Mai. In den vermittlungslosen, widerprüchsvollen Meldungen über japanische Absichten und Pläne fehlt doch immer ein Umstand wieder, auf den man sich nachgerade bis auf einen festen Punkt stützen kann: Jedesmal, wenn die Verhandlungsarbeiten einmal Gerüche über japanische Vorbereitungen für eine unmittelbare Mitwirkung am Kriege in Europa, sei es durch Land, sei es durch Seestreitkräfte, aufblähen ließ, folgte aus Tokio bald ein nachdrückliches „Dementi“. Stets ließ die japanische Regierung auf das bestimmteste erklären, daß ihre Teilnahme am Weltkriege sich auf den ostasiatischen Schauplatz beschränkt. Sobald man sich nun einmal daran gewöhnt, die japanische Politik im Kriege unter dem Gesichtswinkel zu betrachten, daß ihre einzige Aufgabe darin besteht, den japanischen Machtspielraum im fernem Osten zu erweitern, verlieren die tatsächlichen ostasiatischen Vorgänge der letzten Zeit das Rätselhafte, das ihnen sonst anhaftet.

Die Japanner folgen in dem Bestreben, europäische oder amerikanische Einflüsse im fernem Osten zu verdrängen, leidenschaftlos der Linie des geringsten Widerstandes. Stößen sie in Ostasien auf größere Hindernisse als sie vermuteten, so kommt es ihnen nicht darauf an, sich von dort zunächst zurückzuziehen, um in China die schwächsten Stellen fremder Machtorganisation aufzusuchen, und geht es auch da für sie noch nicht nach Wunsch, so tauchen in der japanischen Presse vielleicht plötzliche Anspielungen auf die unbegrenzten politischen Bestrebungen über die japanischen Interessen in den pazifischen Staaten Amerikas oder in englischen Kolonien auf, was in der Regel zur Folge hat, daß man in Washington und London gute Miene zu einer weiteren Einbuße an wirtschaftlichen und politischen Interessen im fernem Osten macht.

Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß England und Frankreich sich in das ihnen unermesslich Schöne ergeben und Japan ziemlich freien Spielraum im fernem Osten gewährt haben. In Frankreich waren längst alle maßgebenden Kreise Feuer und Flamme für die Anerkennung einer japanischen „Monroe-Doktrin“. Vor allem fanden die sibirischen Bestrebungen des Sonnenaufgangslandes in Frankreich die verständnisvollste Würdigung. Die Erklärung dafür ist wohl viel mehr in finanzpolitischen, als militärischen oder allgemein politischen Gründen zu suchen. Frankreichs wirtschaftliche Zukunft ist in hohem Maße von der Sicherung der Vertriebsmöglichkeiten abhängig, die die gestärzte zaristische und kapitalistische Regierung in Rußland eingegangen ist, die aber die Bolschewiki nicht anerkennen wollen. Man wird in Paris den Japanner ohne weiteres halb Sibirien überlassen, wenn sie die neuen Machtverhältnisse für die Schulden einzufriedeln, die sie vom Zarismus in Hinblick der Verbandsmächte geerbt haben. Sie können das nur unter Preisgabe ihres revolutionären Programms, wodurch sich die fortwährenden Gerüchte erklären, wonach Vertreter reaktionärer Kreise in Rußland mit japanischer Hilfe auf Befehl aus eine neue Umwälzungsbewegung in Rußland zu organisieren suchen.

Das sibirische Unternehmen scheint zunächst am dem Widerstande Amerikas gescheitert zu sein. Dafür hat Japan in China zu kämpfen gesucht. Es ist wohl möglich, daß ein Gericht recht hat, das den Abschluß eines japanisch-chinesischen Militärabkommens darauf zurückführt, daß die Peking Regierung den Schutz Japans gegen die aufstrebenden Südprowinsen gesucht und unter freilich schweren Bedingungen zugestanden erhalten hätte. Wie nahe diese chinesischen Dinge allerdings mit den sibirischen Absichten Japans zusammenhängen, geht daraus hervor, daß die bolschewistische Regierung schon vor längerer Zeit Vertrauensmänner nach Südschina schickte, um die dortigen Revolutionäre für ihre Pläne zu gewinnen und ihnen zu helfen, „Arbeiter- und Soldatenräte“ zu organisieren.

Aus London kommt die Nachricht, daß neben dem japanisch-japanischen Abkommen ein zweites Abkommen heraustrat, das zwischen England und Japan geschlossen wurde und wodurch England die alleinige Vorherrschaft Japans in ganz Ostasien anerkennen und gestatte, daß Japan die nötigen politischen Reformen in China durchführe.

In dem Vertrag zwischen England und Japan ist der „Bost. Ztg.“ zufolge u. a. vorgegeben, daß Siam, Niederländisch-Indien und zahlreiche Inseln in der Südpazifik von England und Japan gemeinschaftlich „besetzt“ werden sollen, falls sich Dinge ereignen, die die Vereinbarung zwischen Japan und England in Gefahr bringen können. Die England bewilligten Konzessionen beziehen sich neben Handelsinteressen auch auf Schiffsfahrtsgebiete, während den Japanner für ihre Industrie neue Märkte eröffnet werden, da sie Märkte gewinnen sollen, welche England infolge seiner schwierigen Lage doch nicht erhalten kann. Auch über die Finanzanleihe zur Konsolidierung der englischen Schulden sind in dem Vertrag Beschlüsse enthalten.

Wenn der amerikanische Gesandte in Peking sagt, daß es ihm nicht gelungen sei, Einfluß in den Letzt des chinesisch-japanischen Abkommens zu erhalten, so läßt sich mutmaßen, wie weit die Isolierung Amerikas schon gediehen ist. Lord George und Clemenceau sind eines Sinnes darüber, daß die Wilsonsche Regierung mit allen Mitteln dazu getrieben werden soll, Ostasien den Japanner zu überlassen, um sich mit ganzer Kraft dem europäischen Kriege zu widmen. Noch träubt sich Wilson. Gewaltige Interessen stehen für Amerika in China und Rußland auf dem Spiel, die mit einer japanischen Vorherrschaft im fernem Osten unverträglich sind. Die Frage nach der Dauer des Krieges hängt vielleicht viel

mehr, wie man bei uns ahnt, davon ab, ob die maßgebenden Kreise in der Union bei einem baldigen Friedensschlusse oder der Anerkennung einer japanischen „Monroe-Doktrin“ für Ostasien am meisten zu verlieren fürchten.

Die Erstarfung des Tschechentums.

Berlin, 23. Mai. Nach langem, mehr als gutmütigem Zusehen, sind die österreichischen Behörden endlich gegen die argen Auswüchse des Tschechentums, vornehmlich gegen die staatsfeindlichen Erscheinungen, eingeschritten. Aus der Begründung dieses Vorgehens erhellt man in Deutschland erst genaueres über die teilweise kaum glaublichen Vorgänge in Prag. Man kann sie sich nur durch eine gewaltige Erstarfung des Tschechentums erklären. Sie fühlen sich, in einem Augenblick, wo die Monarchie im Kampf gegen den äußeren Feind steht, so erlöst, daß sie sich Uebergriffe erlauben. Wie hat sich nun diese Entwicklung vollzogen; auf welche Gründe ist sie zurückzuführen?

Karl Reinhold kommt in der deutsch-böhmischen Zeitschrift „Deutsche Arbeit“ aus einer genauen Nachprüfung der tschechischen Geschichte zu der Auffassung, daß die erstaunliche Erstarfung des Tschechentums seit dem 48er Jahre vornehmlich den bedeutamen wirtschaftlichen Umwälzungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zuzuschreiben ist. Durch sie wurden die tschechischen Gegenstände in der sozialen Struktur zwischen Deutschen und Tschechen verschärft, und so der nationale Kampf zugeführt. Diese Auffassung ist allerdings durch die Tatsache zu bekräftigen, daß gerade unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges die nationale Feindschaft besonders aufblühte, obwohl doch gerade jene die überhöhte Entwicklung der Gründerzeit eine gewisse Stetigkeit Platz gegriffen hatte und vor allem durch den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Tschechen eine gewisse Ausgleichung der Berufs- und Einkommensverhältnisse zwischen Deutschen und Tschechen eingetreten war. Dies ist aber, nach Reinhold, dadurch zu erklären, daß bei fortwährender Entwicklung immer mehr tschechische Berufsgruppen, Unternehmungen, Gelder usw. unter nationaler Flagge zusammengeschlossen wurden und dadurch stets weitere Kreise des tschechischen Volkes in die nationale Strömung hineingerissen wurden.

Es lassen sich deshalb in der Wirtschaftsgeschichte des tschechischen Volkes seit 1848 zwei wichtige, allerdings ineinander übergehende Abschnitte erkennen: Der erste, in welchem mehr das Einwirken der wirtschaftlichen Umwälzungen auf den nationalen Aufstieg der Tschechen zutage tritt, der zweite, spätere, wo der Nationalgedanke immer nachdrücklicher das wirtschaftliche Handeln der Tschechen beeinflusst.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hielten sich die Tschechen zumeist als ein Volk von Bauern und Kleinrentnerbetreibenden, Dienstboten und Arbeitern mit geringer geistiger Selbständigkeit dar. Mit dem Eindringen der demokratischen Ideen des Jahres 1848 trat dann ein Umsturz ein. Franz Palacky, der seitliche und politische Führer der Tschechen, fand mit seinem Losungswort: „Soud k jemu“ begeisterte Aufnahme. Dieses ins Deutsche entlich gar nicht übersehbare Schlagwort bedeutet zunächst den geistigen politischen Zusammenbruch aller Volksgenossen, bald kam jedoch der wirtschaftliche Zweck zum Vorschein, daß nämlich der erste Tscheche beim Einkauf, bei Bestellungen usw. nur seine Volksgenossen berücksichtigen soll. Schließlich wurde dieses Wort dann in den letzten Jahrzehnten zu dem berühmten Botschaftspruch gegen die Deutschen.

Die politische Belebung und Erstarfung wurde durch den mächtigen Aufschwung der Industrie und des Handels in den 60er bis 80er Jahren wesentlich gefördert. Die dadurch bedingte Proletarisierung weiter Volksschichten wirkte auf das nationale Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen nachteilig ein. Begehrterartig man sich, daß die Tschechen als Bewohner der landwirtschaftlich fruchtbaren Gebiete von Zentralböhmen, von Mittel- u. Ostmähren und des an das Mährisch-Schwarzer-Gebiet angrenzenden Teiles von Ost- und Westböhmen angezogen wurden, während die tschechischen Hilfsarbeiter ihren Bevölkerungsüberschuß an die gewaltig aufstrebenden Grenzgebiete Böhmens, an die Industriezentren Brünn, Olmütz und Mährisch-Odrau und auch an Wien abgaben, so wird man zwei folgenschwere Tatsachen leicht verstehen: Das Entstehen neuer oder das beträchtliche Anwachsen bereits vorhandener tschechischer Minderheiten und das bewusste Eintreten dieser Minderheiten als Vorposten und Vorkämpfer des tschechischen Nationalgedankens.

Der Umfang dieser nationalen Wanderbewegung hat Heinrich Rauberg in einer besonderen Schrift statistisch zu erheben gesucht. Man erfährt daraus, daß auch über die Sudetenländer hinaus ein gewaltiger Strom tschechischer Bevölkerung sich nach den Industriegebieten ergoß. In Wien waren bei der Volkszählung des Jahres 1900 175 196 Personen aus den tschechischen Teilen Böhmens, 148 241 aus dem tschechischen Mähren und 7520 aus tschechisch-Schlesien festgestellt worden. Die fremde Zuwanderung wurde hier somit zu einer höchst schwierigen nationalen Frage. In letzter Zeit hat zwar der Zustrom der tschechischen Arbeiter in das deutsche Sprachgebiet nicht mehr zugenommen. Es ist dies einmal der höheren deutschen Wachstumsrate, ferner dem Aufstieg der eigenen tschechischen Industrie, ganz besonders aber dem Geburtenrückgang in einzelnen rein tschechischen Gebieten zuzuschreiben.

Die Beratung der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine.

Wien, 24. Mai. Unter überaus zahlreicher Beteiligung von hervorragenden Vertretern der Volkswirtschaft aus dem Deutschen Reich, aus Ungarn und aus Oesterreich nahmen gestern die für zwei Tage in Aussicht genommenen Beratungen der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Deutschland, Oesterreich und Ungarn ihren Anfang. Den Gegenstand der Verhandlungen bildet die Frage der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in den Staaten Mitteleuropas. Einen besonderen Glanz erhielt die Veranstaltung durch die Anwesenheit des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein. Der Vorsitzende, Freiherr von Pleener, eröffnete die Sitzung mit einer Begrüßungsansprache. Der Präsident der deutschen Vereinigung, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, stellte jedoch gleich dem Vordredner fest, daß die Vereine keine aggressive Tendenz verfolgen haben. Wir werden die wirtschaftlichen Beziehungen wenn möglich freudig wieder aufnehmen, die wir im Frieden mit den anderen Staaten gehabt haben.

Ungarischer Handelsminister. Esterházy begrüßte die Veranstaltung namens der ungarischen Regierung und des ungarischen Vereines und sagte u. a.: Wir wissen uns eins mit der erdrückenden Mehrheit der ganzen ungarischen Nation, daß sie an dieser Stelle der Monarchie ihre historische Sendung erfüllt und erfüllen muß und für die Zukunft nur im Verein mit dem Deutschen Reich, im Bündnis mit der mächtigen deutschen Nation ihre Sendung erfüllen kann, wie es auch unsere Ueberzeugung ist, daß das mächtige Deutsche Reich

nur mit uns vereint und im Bündnis mit der Monarchie seine historische Aufgabe erfüllen kann. (Lebhafter Beifall.) Wir werden trachten, unser wirtschaftliches Verhältnis zu Deutschland zu vertiefen, allerdings unter Wahrung unserer völligen staatlichen Selbständigkeit, unserer nationalen Interessen und unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit.

Sobann dankte der deutsche Botschafter Graf Wedel in kurzer Ansprache für die Einladung zu den Besprechungen, der er mit großer Freude nachgekommen sei.

Außenminister Selys-Longchamps führte u. a. aus, sein Agrarprogramm, das er vor einigen Monaten entwickelt habe, bedeute sich vollständig mit den Maßnahmen, die hier beraten werden sollten.

Schließlich begrüßte Bürgermeister Dr. Weistkirchner die Versammlung im Namen der Hauptstadt. — Die Versammlung beschloß die Abendung von Grußtelegrammen an die beiden verabschiedeten Monarchen und trat sodann in die Einzelberatung ein.

Ministerpräsident Dr. Ritter von Seidler und Gemahlin gaben dann gestern zu Ehren der Teilnehmer der deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftskonferenz in den Räumen des Ministerratspräsidentiums einen Empfangsabend, wozu die Mitglieder des Kabinetts, der ungarische Minister am allerhöchsten Hof, Graf Tisza, der deutsche Botschafter, der bayerische und der sächsische Gesandte, Bürgermeister Dr. Weistkirchner, die Präsidenten des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses mit vielen Mitgliedern des Parlaments, Vertreter von industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Instituten und Korporationen erschienen waren.

Frankreich und das deutsch-schweizerische Wirtschaftsabkommen.

W. B. Berlin, 24. Mai. Die Entente verbreitet weiter die abenteuerlichsten Darstellungen über die Vorgeschichte des jetzt unterzeichneten deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommens. Um der Eindruck zu verwischen, den die brutale französischer Einmischung und der dann notwendig gewordene Rückzug Frankreichs hervorgerufen haben, wird der französischen Regierung in dieser Darstellung die Rolle des großmütigen Helfers zugeschrieben, auf die sie in Wirklichkeit nicht den geringsten Anspruch erheben darf. Das immer wieder von französischer Seite hervorgehobene Angebot Frankreichs, der Schweiz 85 000 Tonnen Kohlen zur Verfügung zu stellen, hat nämlich in keiner Weise die Verhandlungen gefördert, sondern sie ohne Rücksicht auf die schweizerischen Interessen empfindlich geküht und erschwert.

Der Sachverhalt ist kurz dieser: Das Angebot Frankreichs erfolgte in dem Augenblick, als der Vertrag so gut wie fertiggestellt war. Wenn Deutschland auf Wunsch der Schweiz das Angebot Frankreichs berücksichtigt, so geschah dies, weil Deutschland selbstverständlich gern damit einverstanden war, daß auch Frankreich sich für die Kohlenversorgung der Schweiz größere Opfer anlegte, was Deutschland in die angenehme Lage versetzt hätte, seinerseits auf die Verwendungskontrolle verzichten zu können.

Wie vorausgesehen war, zog aber jetzt Frankreich sein Anerbieten zurück und versuchte sogar durch Drohungen den ganzen Vertrag zum Scheitern zu bringen. Das Dazwischentreten Frankreichs hat allerdings nicht die Unterzeichnung des Vertrags verzögert, aber anstatt des am 15. Mai fertig vorliegenden Vertrags mit der auf die französische Kohlenlieferungen bezüglichen Klausel wurde nunmehr der Vertrag, wie er bereits am 10. Mai vor dem französischen Kohlenangebot in seinen Grundlinien feststehend, unterzeichnet.

Das Angebot Frankreichs und die drohende Zurücknahme dieses Angebotes hat also weder an der Unterzeichnung, noch an dem Inhalt des Vertrags das geringste geändert. Das französische Angebot hat einfach den Abschluß verzögert und der Schweiz große Schwierigkeiten bereitet. Die in Frankreich so gezeigerte „Güte“ war ein Versuch, den Vertrag zum Scheitern zu bringen und die französischen Drohungen, durch die sich die Schweiz nicht einschüchtern ließ, sowie die Zurückziehung des Kohlenangebots hatten kein anderes Ergebnis, als daß der Vertrag dann ohne die für die Schweiz so wichtige 85 000 Tonnen-Klausel, aber genau so, wie er vor dem Angebot ins Auge gefaßt worden war, unterzeichnet wurde.

Das ist in wenigen Worten der vollständig klare und wahre Sachverhalt, an dem die tendenziösen und verkehrten Ablehnungsversuche der französischen Darstellung nichts ändern können.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Französische Voraussetzungen.

Basel, 24. Mai. (Privat.) Laut „Basl. Nachr.“ meldet „Savas“ aus Paris: Der Feind hat nunmehr seine Angriffsmittel bereit gestellt. Das Artilleriefeuer erreicht jetzt ungeahnte Helligkeit, die Fliegerzähigkeit hat sich vergrößert. Wahrscheinlich warten die Deutschen nur den Augenblick ab, der sich zur Ueberbrückung besonders eignet. An und hinter der Front steht eine geschlossene französische Armee, besetzt vom Gefühl des Hasses gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus. Der Zustrom amerikanischer Truppen dauert Tag für Tag fort. (S. K.)

„Die Gefahr ist riesengroß.“

Berlin, 23. Mai. Clemenceau erklärte gestern abend mehreren amerikanischen Journalisten, wie die „National-Zeitung“ aus Zürich erfährt: Die nächste Zeit wird eine neue Entscheidung einleiten. Der Feind wird zu furchtbaren Schlägen ausholen. Die Lage ist ernst, die Gefahr riesengroß, aber unsere Zuversicht nicht minder.

Hohe Heredes Schweigen.

Basel, 24. Mai. (Privat.) Der „Basler Anz.“ meldet: Es ist sehr auffallend, daß die französischen amtlichen Berichte die sehr große französische Angriffsaktion am Kemmelberg, von der der deutsche Bericht ausführlich meldete, mit keinem einzigen Worte erwähnten und auffälligerweise ist auch im englischen Bericht nichts von dieser Operation zu lesen, obwohl die Engländer bis jetzt immer auch über die französischen Operationen in ihrem Abschnitt berichtet hatten. Es geht daraus hervor, daß noch einmal mit äußerster Kraftanstrengung der Kemmelberg wieder in seinen Besitz zu bringen versucht, bevor der neue deutsche Sturm losbricht. Das Schweigen zeigt,

